



Nr. 280 / 11. Dezember 2023

## **Themen der Plenarsitzung: Aktuelle Stunde zum Bildungswesen, Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes, Verkehrssicherheit im Land, zweite Einsatzhundertschaft, Ostseeparlamentarierkonferenz, zusätzlicher Bahnsteig in Flensburg-Weiche**

Zu seiner 18. Tagung in der 20. Wahlperiode kommt der Landtag ab Mittwoch, 13. Dezember, für drei Tage im Plenarsaal in Kiel zusammen. Im Zentrum stehen eine Aktuelle Stunde zum Thema „Anhaltender Abwärtstrend im Bildungswesen: Konsequenzen aus der Pisa-Studie ziehen“, ein Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes sowie weitere Anträge zu den Kindertagesstätten im Land, der Antrag, die Vision Zero voranzubringen für mehr Verkehrssicherheit für Schleswig-Holstein, ein Antrag zur Sicherstellung des vollständigen Aufbaus der zweiten Einsatzhundertschaft bis 2027, ein Antrag zur Umsetzung der Beschlüsse der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz 2023 in Berlin und ein Antrag zur Realisierung eines neuen Bahnsteigs für den Schienenverkehr in Flensburg-Weiche.

Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter [sh-landtag.de/](http://sh-landtag.de/) aufgerufen werden.

**Mittwoch, 13. Dezember, 10 bis 18 Uhr**

**TOP 1 Aktuelle Stunde „Anhaltender Abwärtstrend im Bildungswesen: Konsequenzen aus der Pisa-Studie ziehen“, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten**

Das schlechte Abschneiden der deutschen Schüler in der internationalen Leistungsstudie Pisa wird den Landtag zum Auftakt seiner Dezember-Sitzung beschäftigen. Die FDP-Fraktion hat eine Aktuelle Stunde zu dem Thema beantragt. Deutschlands Schüler haben im Jahr 2022 so schlecht abgeschnitten wie nie zuvor. Das teilte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Anfang Dezember mit. In Mathematik erreichten die deutschen Teilnehmer einen Punktwert von 475, bei der vorherigen Untersuchung, die 2019 veröffentlicht wurde, waren es noch 500 gewesen. Im Lesen kam Deutschland auf 480 (2019: 498) und in Naturwissenschaften auf 492 Punkte (2019: 503). Im internationalen Vergleich rangiert Deutschland auf dem 25. Rang von 81 Teilnehmerstaaten. Vorne liegen Singapur und China, die besten europäischen Teilnehmer kommen aus Finnland, Lettland, Estland und Schweden. Auch international ist die durchschnittliche Leistung drastisch gesunken. Es ist das erste Pisa-Zeugnis seit der Corona-Pandemie. Die Ergebnisse sind nicht nach Bundesländern differenziert.

„Natürlich spielen die Pandemie und die zunehmende Zuwanderung bei den Ergebnissen eine nicht unerhebliche Rolle“, so der FDP-Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt, aber dies dürfe keine Ausrede sein. Er warf der Landesregierung vor, bei entscheidenden bildungspolitischen Fragen zu wenig erreicht zu haben, etwa bei der Lehrkräftegewinnung, Sprachförderung sowie bei Inklusion und Integration. Die Lehrkräfte bräuchten dringend mehr Unterstützung und Entlastung von unterrichtsfremden Aufgaben, so Vogt: „Sie müssen sich wieder stärker auf ihr Kerngeschäft, die Unterteilung des Fachunterrichts, konzentrieren können.“

Pisa (Programme for International Student Assessment) ist die größte internationale Schulleistungsvergleichsstudie. Seit 2000 werden alle drei Jahre die Kompetenzen von 15-Jährigen beim Lesen, in der Mathematik und den Naturwissenschaften erfasst. Diesmal standen die mathematischen Kompetenzen im Mittelpunkt. An der jüngsten Erhebung im Jahr 2022 nahmen weltweit 81 Länder und mehr als 600.000 Jugendliche teil. Die für Deutschland repräsentative Stichprobe umfasst rund 13.000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren in allen Schultypen.

**TOP 25 Sozialversicherungspflicht im Bereitschaftsdienst aufheben, Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Drs. [20/1688](#)), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP fordern in einem gemeinsamen Antrag die Aufhebung der Sozialversicherungspflicht im ärztlichen Bereitschaftsdienst. Die Landesregierung soll sich demnach beim Bund dafür einsetzen, dass sogenannte Poolärzte genau wie Notdienstärzte von der zusätzlichen Sozialversicherungspflicht befreit werden. „Poolärzte entlasten maßgeblich ihre Kolleginnen und Kollegen im niedergelassenen Bereich und damit auch die stationären Strukturen“, sagte der CDU-Politiker Hauke Hansen. Sollte es bei der Sozialversicherungspflicht bleiben, werde das Land den größten Teil der ärztlichen Arbeitskräfte in diesem Bereich verlieren – mit entsprechend negativen Folgen für die Versorgung. Die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) hatte nach einem Urteil des Bundessozialgerichts rund 400 Ärzten zum Jahresende gekündigt. Diese Poolärzte beteiligen sich am ärztlichen Bereitschaftsdienst. Dem Urteil zufolge

gelten auf Honorarbasis tätige Poolärzte im Bereitschaftsdienst nicht automatisch als Selbstständige, wenn sie in eine Notdienstorganisation eingebunden sind. Für Poolärzte besteht nach dem Spruch des BSG im organisierten Bereitschaftsdienst deshalb eine zusätzliche Sozialversicherungspflicht. Das bedeute jährliche Mehrkosten von etwa drei bis fünf Millionen Euro, so die KVSH. Sollte die Rentenversicherung auch für die vergangenen vier Jahre Rückforderungen stellen, könnte die finanzielle Belastung sogar bei rund 15 Millionen Euro liegen. Das wäre für die KVSH nicht tragbar.

In Anbetracht des Fachkräftemangels könne nicht auf Personal verzichtet werden, erklärte Jasper Balke (Grüne). „Dem Urteil des Bundessozialgerichts muss deshalb eine schnelle Gesetzesanpassung auf Bundesebene folgen, um die ambulante Notdienstversorgung weiterhin sicherstellen zu können.“ Mit dem Urteil lasse sich der ärztliche Bereitschaftsdienst nicht mehr wie gewohnt umsetzen, befürchtet auch Ex-Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP). Um weiterhin einen gut funktionierenden, flächendeckenden Bereitschaftsdienst sicherzustellen, müssten die Poolärzte durch eine Gesetzesänderung von der Sozialversicherungspflicht befreit werden.

**TOP 4 Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung dienstrechtlicher Vorschriften, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. [20/1152](#)), Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (Drs. [20/1695](#)), geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 12 Menschenrecht auf Gesundheit für alle umsetzen – Menschen ohne Papiere gesundheitlich versorgen!, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. [20/1482](#)), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 37 Vision Zero voranbringen – Mehr Verkehrssicherheit für Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1713](#)), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Im vergangenen Jahr sind laut Verkehrssicherheitsbericht wieder deutlich mehr Menschen in Schleswig-Holstein bei Verkehrsunfällen gestorben. Während im Corona-Jahr 2021 mit 77 Verkehrstoten ein Tiefstand erreicht wurde, gab es 2022 102 Verkehrstote. „Das ist besonders tragisch, weil hinter jedem Getöteten Familien, Angehörige, Freundinnen und Freunde stehen, die mit diesem Schicksalsschlag umgehen müssen“, sagte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Auch die Zahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle insgesamt stieg 2022 um 1,1 Prozent auf 82.884. Dabei wurden 14.569 Personen verletzt (plus 5,8 Prozent). Hauptunfallursachen seien Verstöße beim Abbiegen und bei der Vorfahrt, zu hohe Geschwindigkeiten sowie nicht eingehaltene Abstände. Die Entwicklung der Unfallzahlen bei Kindern lag im vergangenen Jahr noch unter der von 2019, stieg im Vergleich zu 2021 aber um 18,5 Prozent auf 1231. Bei schwer verletzten Kindern gab es eine Steigerung um 4,3 Prozent auf 108. Zwei Kinder starben im

Straßenverkehr. Negativ entwickelten sich die Zahlen auch bei E-Rollern. Seitdem Anfang 2020 E-Roller in die Statistik aufgenommen wurden, haben sich die Unfallzahlen fast verfünffacht. 2020 wurden 92 Unfälle gezählt, 2022 waren es 442 Verkehrsunfälle.

Gleichzeitig nimmt die Bereitschaft zu aggressivem Verhalten im Straßenverkehr laut einer aktuellen Umfrage des Instituts O.trend zu. 56 Prozent der Befragten gaben an, dass sie schneller fahren als sonst, wenn sie sich ärgern. Auf die Aussage „Drängelt mich die Person hinter mir, trete ich kurz auf die Bremse, um diese zu ärgern“ sagten 44 Prozent, dass dies bei ihnen zutrifft. 21 Prozent gaben an, dass sie beim Überholen auf der Autobahn auch mal mit Lichthupe und Blinker auf sich aufmerksam machen – ein Plus von neun Prozentpunkten im Vergleich zu 2016. 34 Prozent sagten, dass sie auf „notorische Linksfahrer“ auch mal dicht auffahren, damit diese die Überholspur freimachen – ein Plus von 8 Prozentpunkten zu 2016.

Der Antrag „Vision Zero voranbringen“ (in Bezugnahme auf die Strategie „Vision Zero – Null Verkehrstote“ des Verkehrssicherheitsrats) der Fraktionen von CDU und Grünen zielt nun darauf ab, die Anzahl und Schwere von Verkehrsunfällen im Land zu reduzieren. Die Antragssteller fordern von der Regierung eine Evaluation der bisherigen Verkehrssicherheitsarbeit und im Anschluss entsprechende Initiativen sowie das Einwirken auf den Bund für Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen. Im Fokus stehen sowohl Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, Handlungsempfehlungen für Kommunen als auch Infrastruktur- und Ordnungsmaßnahmen sowie notwendige rechtliche Rahmenbedingungen im Bund.

Einen Antrag des SSW zu einem Tempolimit von 130 km/h aus Gründen des Klimaschutzes und zur Reduzierung der Unfallgefahren im Juli dieses Jahres wurde vom Landtag abgelehnt. Bereits im September 2021 hatten die Grünen – im Landtag damals noch mit CDU und FDP in einer Koalition – ein Tempolimit gefordert und waren am Widerstand der Koalitionspartner gescheitert.

**TOP 32 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunftsaufgabe Ostseeschutz“, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1708](#)), geplanter Aufruf 15:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die FDP-Fraktion beantragt, im Landtag eine Enquete-Kommission „Zukunftsaufgabe Ostseeschutz“ einzusetzen. Die Liberalen sehen dies als Alternative zum Konsultationsprozess des Umweltministeriums, in dem es um die Errichtung eines Nationalparks Ostsee ging. Dieser Prozess sei „offenkundig gescheitert“, erklärt die FDP, die den Nationalpark ablehnt. Zuletzt habe es ein breites Bekenntnis aller Beteiligten zu einem besseren Ostseeschutz gegeben, so die FDP. Dieser „Schwung und Willen“ solle für eine „breite, transparente Diskussion unter Einbindung von Wissenschaft und Praxis“ genutzt werden. Ostseeschutz sei kein reines Regierungshandeln, auch der Landtag habe „ein gewichtiges Wort mitzureden und entsprechende Entscheidungsbefugnisse“. Die Enquete-Kommission soll dem Antrag zufolge aus neun Mitgliedern bestehen, von denen die CDU drei, die Grünen und die SPD jeweils zwei sowie FDP und SSW jeweils eines benennen sol-

len. Nach Vorstellung der FDP soll es einen Austausch mit der maritimen Wirtschaft, dem Tourismus, der Bundeswehr, dem Wassersport, der Landwirtschaft, den Naturschutzverbänden und der meereswissenschaftlichen Forschung geben.

„Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“ kann der Landtag laut Geschäftsordnung Enquete-Kommissionen (vom französischen Wort enquete, „Untersuchung“) einsetzen. Dies sind überfraktionelle Arbeitsgruppen, die langfristige Fragestellungen bearbeiten sollen, in denen unterschiedliche juristische, ökonomische, soziale oder ethische Aspekte abgewogen werden müssen. Um eine solche Kommission einzurichten, ist die Zustimmung eines Viertels des Landtages, also von 18 Abgeordneten, erforderlich. Die FDP-Fraktion hat fünf Sitze. Enquete-Kommissionen bestehen aus Landtagsabgeordneten, aber auch externe Sachverständige können zu Mitgliedern berufen werden. Die Kommission erstellt einen Bericht, der im Parlament diskutiert wird. Neben ihren regulären Sitzungen nimmt die Kommission auch öffentliche und nicht-öffentliche Anhörungen mit auswärtigen Sachverständigen und Vertretern von Behörden vor. Zuletzt hat der Landtag im Jahr 2010 eine solche Kommission eingerichtet, die die „Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation“ ausgelotet hat. Die Arbeit dieser Kommission dauerte zwei Jahre.

**TOP 24 Konsequenzen aus der Sturmflut an der Ostseeküste ziehen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1679](#)), geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 13 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark erleichtern, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1532](#)), geplanter Aufruf 16:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 48 Strategiebericht „Klimaneutrales Industrieland“, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1467](#)), Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1676](#)), geplanter Aufruf 17:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

## **Donnerstag, 14. Dezember, 10 bis 18 Uhr**

**TOP 7A, 27 und 35 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1599](#)) sowie mehr Plätze und Qualität in den Kitas stärken, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1691](#)) und Endlich auf die Kita-Krise reagieren – Kita-Schließungen verhindern, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1711](#)), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 42 Minuten**

Mehr als 15.000 KiTa-Plätze fehlen in Schleswig-Holstein, eingeschränkte Betreuungszeiten sowie Gruppen- oder ganze Kitaschließungen sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Gründe sind fehlendes Personal und mangelnde Finanzierung. Zwar werden neue Einrichtungen gebaut, doch laut einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung kann der Betreuungsbedarf frühestens 2030 gedeckt werden. Der Bericht „Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme“ der Stiftung stellt außerdem fest, dass 53 Prozent der KiTa-Kinder in Schleswig-Holstein nicht mit einem kindgerechten Personalschlüssel betreut werden können.

Vor diesem Hintergrund fordert die FDP-Fraktion von der Landesregierung eine Stellungnahme zur Studie sowie eine Erläuterung, welche Konsequenzen die Koalition aus den Ergebnissen zu ziehen gedenkt. Insbesondere geht es um ein Programm zur Schaffung neuer KiTa-Plätze und um die entsprechende Finanzierung. Ein ähnlich lautender Antrag der SPD-Fraktion fordert zudem dazu auf, ganz konkret drohende KiTa-Schließungen im kommenden Jahr zu verhindern und die steigenden Kosten von Betreuungseinrichtungen zu refinanzieren – bei einer Nichterhöhung der Elternbeiträge. Fachkräftegewinnung müsse oberste Priorität haben, PiA-Stellen (PiA: praxisintegrierte Ausbildung) sollen gefördert und die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern gestärkt werden.

**TOP 11 Berichts Antrag über die kulturpolitischen Leitlinien der Landesregierung, Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1465](#)), geplanter Aufruf 10:42 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Der Bund fördert mit insgesamt 2,7 Millionen Euro zwei Kulturprojekte in Schleswig-Holstein. 1,5 Millionen Euro gehen an die KZ-Gedenkstätte in Husum-Schwesing im Kreis Nordfriesland, das Europäische Hansemuseum in Lübeck erhält rund 1,2 Millionen Euro für die Sanierung des Burgklosters. Derweil hinkt der Norden bei der „Kulturquote“, dem Anteil der Kultur an den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte, im Ländervergleich weiter hinterher. Sowohl die Kommunen als auch das Land stehen nach Angaben des Kulturministeriums bei 1,3 Prozent, während der bundesweite Durchschnitt 1,96 Prozent betrage. Beim Verhältnis der Kulturausgaben zum Bruttoinlandsprodukt lag Schleswig-Holstein unter den Flächenländern auf Platz 10 von 13. Die Datensammlung ermögliche erstmals eine differenzierte Betrachtung der Finanzierungsströme in der Kultur und gebe wichtige Impulse für die Kulturpolitik, kommentierte Ministerin Karin Prien (CDU)

Vor diesem Hintergrund fordern die Fraktionen von CDU und Grünen in einem gemeinsamen Antrag von der Landesregierung Informationen zu den kulturpolitischen Leitlinien des Landes und zu den Planungen zur Weiterentwicklung des Kulturdialoges. Insbesondere soll dargelegt werden, welche konzeptionellen Schwerpunkte mit den kulturpolitischen Leitlinien gesetzt werden sollen. Der 2013 ins Leben gerufene und beteiligungsorientierte Kulturdialog ist ein Entwicklungsprozess zur Kulturförderung in Schleswig-Holstein unter Einbeziehung von Land, Kommunen und Kulturverbänden. In diesem Rahmen wurde bereits 2021 der „Kulturpakt 2030 – zur gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommunen für die Kulturförderung in Schleswig-Holstein“ verabschiedet.

Beide bekennen sich darin zur partnerschaftlichen Finanzierung von kultureller Infrastruktur wie Theater, Volkshochschulen, Musikschulen, Bibliotheken, Museen, Soziokulturelle Zentren und Gedenkstätten.

Im Februar dieses Jahres hatten CDU und Grüne unter breiter Zustimmung des Parlaments eine stärkere Unterstützung von Kultureinrichtungen beschlossen, die nicht oder nicht ausreichend durch den Kulturfonds des Bundes berücksichtigt werden. Grundlage dazu ist das „Acht-Punkte-Entlastungspaket“, welches im Herbst vergangenen Jahres gestartet war, um unter anderem eigene Soforthilfen und neue Förderprogramme aufzulegen und bestehende Programme aufzusto-cken.

**TOP 14 Gemeinsame Beratung a) Bildungsoffensive zur Verbraucherbildung auf andere Themenfelder ausweiten, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1553](#)), b) Bericht Bildungsoffensive zur Verbraucherbildung, Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1059](#)), Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. [20/1580](#)), geplanter Aufruf 11:12 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 15 Ausbau der Elbfährlinie Glückstadt – Wischhafen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1563](#)), geplanter Aufruf 11:42 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 38 und 39 Tätigkeit des Petitionsausschusses in den Zeiten vom 01.04.2023-30.06.2023 und 01.07.2023-30.09.2023, Berichte des Petitionsausschusses (Drs. [20/1673](#) und [20/1674](#)), geplanter Aufruf 12:12 Uhr, geplante Redezeit 5 Minuten**

**TOP 16 Neuen Bahnsteig für den Schienenverkehr in Flensburg-Weiche errichten, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. [20/1587](#)), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Anfang des Jahres debattierte der Landtag über eine Mobilitätsgarantie der Schwarz-Grünen Landesregierung. Es ging unter anderem um die Verlässlichkeit bei den Anbindungen sowie den über-regionalen Bahnverkehr. Fahrgäste müssten „von früh bis spät von A nach B kommen“, so Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU): „Wir brauchen mehr Haltestellen, mehr Linien und eine bessere Taktung.“

Die SSW-Fraktion hatte sich gegen die Pläne der Koalitionsparteien ausgesprochen und Zweifel angemeldet, um diese zu realisieren, müsste man das Streckennetz massiv ausbauen und moder-nisieren sowie stillgelegte Strecken reaktivieren. Nicht nur angesichts von herrschendem Personal-mangel sei dies eine Utopie. Vor dem Hintergrund der Mobilitätsgarantie und der Tatsache, dass die Deutsche Bahn am 10. Dezember die letzte über Flensburg verkehrende Fernzugverbindung

einstellen will, hat der SSW sich nun dafür ausgesprochen, den Bahnhof Flensburg-Weiche als neuen Knotenpunkt für Fern- und Nahverkehr zu unterstützen. In einem entsprechenden Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit NAH.SH einen zusätzlichen Bahnsteig zu realisieren – bestenfalls durch finanzielle Unterstützung seitens des Bundes.

Der SSW begründet seinen Antrag mit dem Status der Stadt Flensburg als Oberzentrum der Deutsch-Dänischen Grenzregion. Ein solches Zentrum brauche auch eine adäquate Schienenanbindung – doch das Gegenteil sei der Fall. Fern- und Nachtzüge würden die Stadt aufgrund einer historisch gewachsenen, schlechten Infrastruktur ohne Halt durchfahren. Mit relativ geringen Investitionen könne die bahnbetriebliche Attraktivität der Stadt durch den Bau eines Bahnsteigs und der dazugehörigen Infrastruktur gesteigert werden, heißt es in dem Antrag. Halte internationaler Fern- und Nachtzüge wären dann wieder möglich.

**TOP 34 Vollständigen Aufbau der 2. Einsatzhundertschaft bis 2027 sicherstellen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1710](#)), geplanter Aufruf 15:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Landespolizei ist überlastet. Zwar wurde in den letzten Jahren Personal eingestellt – dennoch bleibt die Situation angespannt und zeigt sich als eine große Herausforderung. Hohe Krankenstände, Mehrarbeit, Urlaubssperren und eine sinkende Moral unter den Beschäftigten sind unter anderem die Folgen. 500.000 Überstunden hätten die Beamtinnen und Beamten inzwischen im Mittel der letzten Jahre angesammelt, sagt Niclas Dürbrook (SPD). Er und seine Fraktion fordern die Landesregierung nun auf, den Aufbau einer zweiten Einsatzhundertschaft bis zum Ende der Legislaturperiode zu fokussieren und sicherzustellen und dies auch im Haushaltsentwurf zu berücksichtigen – trotz der derzeit angespannten Haushaltslage.

Die schwarz-grüne Landesregierung selbst hatte im Koalitionsvertrag einen solchen Ausbau der Landespolizei initiiert – zum einen um das bestehende Personal zu entlasten, den Überstunden- druck abzubauen und die Dienstpläne und Arbeitszeiten zu entzerren. Zum anderen aber auch, um die Landespolizei für Anwärterinnen und Anwärter wieder interessanter zu machen, denn auch der öffentliche Dienst leidet zunehmend unter einem sich verschärfenden Nachwuchsmangel. Zudem sollte die innere Sicherheit mit dem Aufbau einer zweiten Einsatzhundertschaft erhöht werden, denn mit nur einer Truppe ist Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich relativ schwach aufgestellt. Dürbrook weist in seinem Antrag darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt 90 Stellen für die 2. Einsatzhundertschaft vorgesehen sind, wovon aktuell jedoch nur 25 besetzt seien. Wenn man sichergehen wolle, dass die Hundertschaft – wie von den Regierungsfractionen vorgesehen – bis zum Ende der Legislaturperiode personell vollständig ausgestattet sei, müssten nun erneut mindestens 40 zusätzliche Stellen vorgesehen werden, so der Abgeordnete.

Nach Angaben des zuständigen Ministeriums kostet eine verbeamtete Einsatzkraft rund 50.000 Euro. Durch die im Antrag der SPD geforderten 40 Stellen hätte das Land also jährlich fixe Zusatzkosten von zwei Millionen Euro zu tragen.

**TOP 17 Kofinanzierung des Programmes „Junges Wohnen“ sicherstellen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1591](#)), geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 21 Keine LKW-Maut auf Landesstraßen, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1635](#)), geplanter Aufruf 16:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 22 Schulbau in Partnerschaft mit den Kommunen gestalten, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1677](#)), geplanter Aufruf 17:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

### **Freitag, 15. Dezember, 10 bis 16 Uhr**

**TOP 30 Schleswig-Holsteins Zukunft vorausschauend gestalten – Regionalpläne grundlegend überarbeiten, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1703](#)), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Auf sieben Veranstaltungen hat das Innenministerium im Sommer Kommunen, Verbände und die interessierte Öffentlichkeit über die Pläne des Landes zur regionalen Weiterentwicklung informiert. Bis zum 9. November konnten Träger öffentlicher Belange, aber auch Bürgerinnen und Bürger im ersten Beteiligungsverfahren Stellungnahmen zu den Entwürfen der Pläne abgeben und Änderungen vorschlagen. Die Regionalpläne geben vor, wie sich Siedlungsstruktur, Freiräume und Infrastruktur in den drei Planungsräumen im Land entwickeln sollen. Darin sind zum Beispiel Siedlungsachsen, Kernbereiche für den Tourismus und überregionale Standorte für Gewerbegebiete ausgewiesen. Um Windenergie an Land, Fotovoltaik oder großflächigen Einzelhandel geht es dagegen nicht. Diese Themen werden in anderen Plänen geregelt.

Die FDP-Fraktion fordert jetzt in einem Antrag von der Landesregierung die grundlegende Überarbeitung der Entwürfe der Regionalpläne für alle drei Planungsräume, um vor allem die Ausweisung von Wohn-, Gewerbe- und Industrieflächen zu erleichtern, etwa im Planungsraum III im Hamburger Umland, entlang der Fehmarnbeltachse und entlang der Entwicklungsachsen der Autobahnen 1, 20, 21 und 23. Sie verlangt eine Definition der konkreten Ziele hinter der übergeordneten Strategie des „Klimaneutralen Industrielandes“ und Darlegung der Maßnahmen in Bezug auf die Regionalpläne, des Weiteren eine Reduzierung der Planungstiefe zur Flexibilisierung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten und ein flexibleres Flächenrecycling zur Ermöglichung insbesondere von Großprojekten. Als weitere Maßnahme verlangt die FDP, die WT.SH zu stärken, damit diese künftig den Ankauf und die Entwicklung von Flächen betreiben kann. Hierzu müsse die WT.SH personell und finanziell ausgestattet werden. Die WT.SH (Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH) ist eine Gesellschaft des Landes, der Industrie- und Handels- sowie

der Handwerkskammern und der Hochschulen. Sie unterstützt die Gründung und Weiterentwicklung von Unternehmen.

**TOP 18 Umsetzung der Beschlüsse der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz 2023 in Berlin, Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und SSW (Drs. [20/1596](#)), geplanter Aufruf 10:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

In einer auf der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in Berlin geschlossenen Resolution haben die Teilnehmer ihre Solidarität mit der Ukraine bei der Verteidigung gegen den Angriffskrieg Russlands betont und gefordert, „die territoriale Unversehrtheit der Ukraine vollständig wiederherzustellen, was ausdrücklich die Halbinsel Krim einschließt“. Diesbezüglich hatte bereits Ende 2022 die 31. Ostseeparlamentarierkonferenz in Stockholm den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste verurteilt. Des Weiteren wurden in der Berliner Resolution die Bedeutung der Kooperation der Ostseeregion auf Basis demokratischer Werte und eine vertiefte Zusammenarbeit für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum hervorgehoben. Besonders im Fokus liegen dabei der Klimawandel, die Bewahrung von Natur und Biodiversität und die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft sowie die Bedeutung des Meeresschutzes und der Küstenregionen. Die Resolution spricht sich für eine Ausweitung des Schutzes und der Schutzgebiete aus und weist darauf hin, dass eine vertiefte Zusammenarbeit in allen Bereichen nur mit Beteiligung der Zivilbevölkerung und der Jugend möglich ist.

In einem interfraktionellen Antrag bittet das Parlament nun die Landesregierung, die von der Ostseeparlamentarierkonferenz am 29. August 2023 einvernehmlich geschlossene Resolution in ihren Zuständigkeitsbereichen umzusetzen und das Parlament darüber schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) wurde 1991 als ein Forum für politischen Dialog zwischen den Parlamenten in der Ostsee-Region gegründet. Neben dem parlamentarischen Austausch sollen auch die konkreten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen der Region geschlossen nach außen kommuniziert werden. Der Vorsitz der BSPC wechselt jährlich, derzeit hat der Leiter der Bundestagsdelegation in der BSPC, der Abgeordnete Johannes Schraps (SPD), die Präsidentschaft inne.

**TOP 7B Entwurf eines 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2023, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. [20/1642](#)), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 33 Mündlicher Bericht zum Konzept für die Umsetzung einer Mobilitätsgarantie für Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1709](#)), geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 40 Schriftlicher Bericht über die Tragfähigkeit der Landesfinanzen, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1468](#)), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 43 Weiterentwicklung der Green-IT-Strategie (Green-IT-Strategie 2.0), Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1364](#)), geplanter Aufruf 14:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 44 Bericht über die Cybersicherheit unserer Infrastruktur, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. [20/797](#)), Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1584](#)), geplanter Aufruf 14:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 49 Transfer und Innovation stärken: Schleswig-Holsteins Hochschul- und Wissenschaftssystem zukunftsfest weiterentwickeln, Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1552](#)), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter [sh-landtag.de](http://sh-landtag.de) unter plenum-online. An den Sitzungstagen bietet plenum-online rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden Sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten. Die Debatten des Schleswig-Holsteinischen Landtages können live im Internet mitverfolgt werden unter [ltsh.de/ParlaTV](http://ltsh.de/ParlaTV). Der Sender Kiel TV (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen und im Internet unter [okkiel.de/](http://okkiel.de/).

## Reihenfolge der Beratung der 18. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

<b>TOP</b>		<b>angemeldete Redezeit</b>	<b>Voraussichtl. Beginn der Beratung</b>
<b>Mittwoch, 13. Dezember 2023</b>			
<b>1</b>	<b>Aktuelle Stunde "Anhaltender Abwärtstrend im Bildungswesen: Konsequenzen aus der Pisa-Studie ziehen"</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
47	Bericht über die Unterrichtssituation 2022/23	0	11:00
<b>25</b>	<b>Sozialversicherungspflicht im Bereitschaftsdienst aufheben</b>	<b>30</b>	<b>11:00</b>
4	Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung dienstrechtlicher Vorschriften	30	11:30
12	Menschenrecht auf Gesundheit für alle umsetzen - Menschen ohne Papiere gesundheitlich versorgen!	30	12:00
2	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes	0	12:30
3	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjagdgesetzes und anderer Vorschriften	0	12:30
5	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag	0	12:30
6	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Wiederaufbaufonds Flutkatastrophe 2023“ des Landes Schleswig-Holstein	0	12:30
9	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch	0	12:30
<b>37</b>	<b>Vision Zero voranbringen – Mehr Verkehrssicherheit für Schleswig-Holstein</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
<b>32</b>	<b>Einsetzung einer Enquete-Kommission "Zukunftsaufgabe Ostseeschutz"</b>	<b>30</b>	<b>15:30</b>
24	Konsequenzen aus der Sturmflut an der Ostseeküste ziehen	30	16:00
13	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark erleichtern	30	16:30
48	Strategiebericht „Klimaneutrales Industrieland“	30	17:00
<b>Donnerstag, 14. Dezember 2023</b>			
<b>7A+ 27+35</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes sowie mehr Plätze und Qualität in den Kitas stärken und endlich auf die Kita-Krise reagieren– Kita-Schließungen verhindern</b>	<b>42</b>	<b>10:00</b>
<b>11</b>	<b>Berichts Antrag über die kulturpolitischen Leitlinien der Landesregierung</b>	<b>30</b>	<b>10:42</b>
14	Gemeinsame Beratung a) Bildungsoffensive zur Verbraucherbildung auf andere Themenfelder ausweiten b) Bericht Bildungsoffensive zur Verbraucherbildung	30	11:12
15	Ausbau der Elbfährlinie Glückstadt – Wischhafen	30	11:42
38+39	Tätigkeit des Petitionsausschusses in den Zeiten vom 01.04.2023-30.06.2023 und 01.07.2023-30.09.2023	5	12:12
<b>16</b>	<b>Neuen Bahnsteig für den Schienenverkehr in Flensburg-Weiche errichten</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
<b>34</b>	<b>Vollständigen Aufbau der 2. Einsatzhundertschaft bis 2027 sicherstellen</b>	<b>30</b>	<b>15:30</b>
17	Kofinanzierung des Programmes „Junges Wohnen“ sicherstellen	30	16:00
21	Keine LKW-Maut auf Landesstraßen	30	16:30
22	Schulbau in Partnerschaft mit den Kommunen gestalten	30	17:00
<b>Freitag, 15. Dezember 2023</b>			
<b>30</b>	<b>Schleswig-Holsteins Zukunft vorausschauend gestalten -</b>	<b>30</b>	<b>10:00</b>

	<b>Regionalpläne grundlegend überarbeiten</b>		
<b>18</b>	<b>Umsetzung der Beschlüsse der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz 2023 in Berlin</b>	<b>30</b>	<b>10:30</b>
7B	Entwurf eines 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2023	30	11:00
9	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch	0	11:30
33	Mündlicher Bericht zum Konzept für die Umsetzung einer Mobilitätsgarantie für Schleswig-Holstein	30	11:30
40	Schriftlicher Bericht über die Tragfähigkeit der Landesfinanzen	30	12:00
43	Weiterentwicklung der Green-IT-Strategie (Green-IT-Strategie 2.0)	30	14:00
44	Bericht über die Cybersicherheit unserer Infrastruktur	30	14:30
49	Transfer und Innovation stärken: Schleswig-Holsteins Hochschul- und Wissenschaftssystem zukunftsfest weiterentwickeln	30	15:00

**Zu folgenden Tagesordnungspunkten ist eine Aussprache nicht vorgesehen:**

**Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 20/):**

<b>TOP</b>	
7	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes
8	Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland
10	Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung der Clearingstelle Windenergie
23	Coaching-Fachkräfte in Schleswig-Holstein
29	Bericht zum Opferentschädigungsrecht
31	Zwischenbericht der Landesregierung zum Pilotprojekt im Kreis Rendsburg-Eckernförde zur Videoüberwachung in Schlachthöfen
41	Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2021
42	Senkung von Bildungskosten zur Steigerung der Bildungsgerechtigkeit
45	Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2022

**Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:**

20+46	Tourismus in Schleswig-Holstein nachhaltig und verantwortungsbewusst gestalten sowie Bericht zum Stand der Umsetzung der Tourismusstrategie 2030
26	Rechtsstaatlicher Schutz unserer Kinder im Netz statt Chatkontrolle
28	Flurbereinigungsverfahren stärken
36	Schnellere Verfahren für Schwerlasttransporte

**Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen:**

19	Marktwirtschaftliche Lösungen sind der beste Weg
----	--